BORIS PALMER

Mitglied des Landtags von Baden-Württemberg
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Boris Palmer MdL, Konrad-Adenauer-Str. 12, 70173 Stuttgart

An die Presse

70173 STUTTGART
Konrad-Adenauer-Str. 12
Telefon (0711) 20 63-691
Telefax (0711) 20 63-660
boris.palmer@gruene.de
www.boris-palmer.de

Stuttgart, den 07.03.02

Pressemitteilung: Bürgerentscheid wäre angezeigt

Angesichts der städtischen Beratungen über den Bau eines Kultur- und Kongresszentrums in Reutlingen und des sich dagegen organisierenden Widerstandes appelliert der grüne Landtagsabgeordnete Boris Palmer an den Gemeinderat, den Weg für einen Bürgerentscheid frei zu machen: „Eine Entscheidung, die wie Reutlingens zukünftige Gestalt bestimmt wie kaum eine andere, muss an den Willen der Bürgerinnen und Bürger gekoppelt werden. Transparenz und Mitsprache der Bürgerinnen und Bürger statt Entscheidungen in nichtöffentlichen Ausschusssitzungen stehen jetzt auf der Tagesordnung“, so Palmer.

Palmer stellte fest, dass nach geltender Rechtslage das Projekt nicht entscheidungsfähig ist, da derartige Fragestellungen nicht durch den so genannten Positivkatalog abgedeckt seien. Die Absichtserklärung der Koalitionspartner in der Landesregierung verspreche jedoch Besserung. In der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU und FDP heißt es: „Die Regierungskoalition will die Möglichkeiten der unmittelbaren Bürgerbeteiligung in unseren Städten und Gemeinden deutlich verstärken. Wir werden deshalb in der Gemeindeordnung den sogenannten Positivkatalog für die Zulassung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheid (§ 21 Abs. 1 Gemeindeordnung) aufheben. Bis auf den sogenannten Negativkatalog wird es künftig also keine thematischen Einschränkungen für Bürgerentscheide geben.“

Schon heute könnte jedoch der Gemeinderat der Stadt Reutlingen das KKR durch eine Änderung der Hauptsatzung (Einstufung als wichtige Gemeindeangelegenheit) entscheidungsfähig machen. Dies legt Palmer dem Gemeinderat und Oberbürgermeister Stefan Schultes nahe: „Ein solches Projekt sollte nicht über die Köpfe der Bürger hinweg dekretiert werden. Der Gemeinderat sollte den Weg zu einem Bürgerentscheid frei machen, der OB für sein Projekt kämpfen. Das wäre ein Beitrag gegen Demokratieverdrossenheit. Für die Reutlinger wäre es nur schwer begreiflich, wenn die Landesregierung den Bürgerentscheid nach dem Bau eines Kongresszentrums ermöglichen würde, während der Gemeinderat ihn vor dem Bau verhindert hat.“